

Buchbesprechungen

Peter Ulrich: Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft. Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart 1986. 512 S., 16 Abb. Gebunden SFr. 72,-/DM 86,-.

Der Titel klingt anspruchsvoll und hält – erfreulicherweise – was er verspricht. *Ulrich*, von Hause aus Betriebswirt, unternimmt den großangelegten Versuch, der in einen desolaten Zustand geratenen ökonomischen Rationalität den Weg aus der Krise zu weisen und meint, daß sich die Anzeichen für eine solche dringend notwendige „Transformation der ökonomischen Vernunft“ in letzter Zeit mehren.

Was macht den desolaten Zustand der ökonomischen Wissenschaft aus und wie ist sie in ihn hineingeraten? Der Autor macht sich zunächst auf die „Suche nach der verlorenen ökonomischen Vernunft“, indem er den historischen Prozeß der Rationalitätsentwicklung in seinen Grundzügen nachzeichnet. Dabei findet er heraus, daß sich die „modernisierten Wissenschaften“, so vor allem und gerade auch die Ökonomie, „von der normativ integrierten Lebenswelt abgelöst und ihrerseits eine ‚entfesselte‘ Eigendynamik im Rahmen ihres je fachspezifischen Fortschritts entfaltet“ haben (S. 147). Die dadurch bedingte Trennung von Theorie und Praxis habe schließlich zu einer „purifizierten“ Theorie geführt, die jede „Reflexion des lebensweltlichen Erfahrungshintergrunds und Verwendungszusammenhangs von Wissenschaft“ abgeschnitten habe (S. 148). Wissenschaft trete so als interessen- und wertfreies Unternehmen auf, dem ein kritisches Urteil über die lebenspraktischen Zwecke nicht zustehe. Letztere blieben vielmehr dem „nicht rational begründbaren, dezidierten Willen des Auftraggebers wissenschaftlicher Studien überlassen“ (S. 149). Wertfreie Wissenschaft halte sich somit beliebigen Zwecken verfügbar (S. 150). Extern gesetzte sogenannte Sachprobleme werden von wissenschaftlichen Experten verwaltet bzw. gelöst. Der Laie sieht sich überfordert und steht ohnmächtig außerhalb dieses Systems technologischer Rationalität, das seine Lebenswelt zunehmend „kolonialisert“. Für demokratische Willensbildung bleibt in dieser technokratiegesteuerten Gesellschaft kein Platz. Die ökonomische Realität ist den Negativutopien, wie sie z.B. in *A. Huxleys* „Schöne neue Welt“ oder *G. Orwells* „1984“ aufgezeigt worden sind, bedenklich nahegekommen. Herrschaft verewige sich heute nicht nur vermittelt, sondern vor allem als Technologie (*H. Marcuse*).

Aus dieser antidemokratischen, antiemanzipatorischen und lebensweltfeindlichen Sackgasse müsse die ökonomische Vernunft wieder herausfinden und sich zu einer kommunikativ-ethischen, moralisierenden, der praktischen Lebenswelt angekoppelten neuen Daseinsform wandeln. *Ulrich* sieht für eine solche Metamorphose gute Chancen. Auf Basis der philosophischen Gedanken von *K. Polanyi*, *J. Habermas* und *K.-O. Apel* sieht er eine solche „Transformation der Philosophie und Wissenschaftstheorie vom technologischen Apriori zum kommunikativ-ethischen Apriori in Gang gekommen“ (S. 167). Zentrale Aufgabe bildet die Entwicklung einer „theoretischen Praxis“ und nicht, wie bislang, lediglich einer praktischen Theorie der Ökonomie:

„Eine so verstandene praktische Sozialökonomie kann die kritische Reflexion über ihr eigenes Theorie-Praxis-Verhältnis nicht mehr den Spezialisten des nicht-spezialisierten Denkens, den Philosophen überlassen. Sie hat sich – um es mit *Kant* zu sagen – selbst unablässig zu durchschauen als eine ‚Wissenschaft, deren Aufbewahrerin jederzeit die Philosophie bleiben muß“ (S. 18). Es ist hier nicht der Ort, die Chancen für die künftige Entwicklung der ökonomischen Vernunft zu diskutieren. Ulrich tut dies in seinem Buche recht ausführlich, wobei sein grundsätzlicher Optimismus die von ihm selbst angeführten Zweifel und skeptischen Argumente immer wieder niederkämpft. Wenn dabei manches zu unverbindlichen Idealbildern gerät oder sich in wohlklingenden rhetorischen Leerformeln oder bloßen Anspruchssillusionen erschöpft, so ist das in Anbetracht der Tatsache, daß es dem Autor lediglich um den Entwurf einiger elementarer Bausteine für eine paradigmatische Neukonstruktion der ökonomischen Vernunft geht, durchaus verzeihlich. Besonders auffällig wird diese Tendenz, wenn es um die Voraussetzungen und Bindungen eines herrschaftsfreien Diskurses der Bürger über Zwecke, Leitbilder und ihre lebenspraktische Umsetzung geht. Was ist denn überhaupt „lebenspraktische Vernunft“? Wie können Bürger darüber etwas wissen und dementsprechend diskursiv bzw. praktisch handeln? Ulrichs lapidare Antwort: „Das gute Leben muß ... für sich selbst sprechen“ (S. 359).

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß es sich der Autor etwa zu leicht macht und die Probleme nicht beim Namen nennt oder unter den Teppich kehrt. Auch soll hier nicht behauptet werden, daß er die Möglichkeiten der neuen „praktischen Sozialökonomie“ von vornherein überschätzt. Aber, und das mag im Lichte der mangelnden Alternativen nur allzu verständlich erscheinen, seine Siegesprophezeiung der Ratio über die Unvernunft bleibt letztlich vom „Prinzip Hoffnung“ getragen: „Vielleicht bleibt im gegenwärtigen Moment nur so etwas wie ein ‚Optimismus der Pathologie‘ übrig, nämlich das kulturgeschichtlich begründete Vertrauen, daß die Menschen auf breiter Basis aus dem technokratischen Traum zu erwachen und die kulturellen Gegenbewegungen zu unterstützen beginnen, sobald sie in ihrer psychischen (und physischen, M. B.) Gesundheit und Lebensqualität von den ‚externen Effekten‘ der superindustriellen Systemdynamik über ein erträgliches Maß hinaus bedroht werden“ (S. 482).

Das Buch sollte zur Pflichtlektüre jedes Ökonomen gehören. Es fordert ihn auf, über sein spezielles Fachgebiet hinaus sich auf die zugrundeliegenden Rationalitätsmaßstäbe zu besinnen und dies nicht, wie allgemein üblich, den Wissenschaftstheoretikern oder Philosophen zu überlassen. Diese fatale „Arbeitsteilung“ hat letztlich zur Ausgrenzung der Fachtheorien aus dem lebensweltlichen Zusammenhang geführt bzw. beigetragen. Daß die Ökonomie solch hohen Preis für ihre „erfolgreiche“ Theoretisierung gezahlt hat, ist dem Gros der Wirtschaftswissenschaftler offenbar bis heute nicht bewußt. Dies aufzuzeigen und der pessimistischen Perspektive vieler Zeitgenossen den Hoffungsstrahl auf eine „Transformation der ökonomischen Vernunft“ entgegenzusetzen, ist *Ulrich* in insgesamt bewundernswerter Weise gelungen. Auch wenn die Lektüre dem philosophisch weniger geschulten Leser nicht ganz leicht fallen mag, erscheint sie nichtsdestotrotz unverzichtbar. Geht es doch um das philosophische Fundament, auf dem das Spezialistentum seine Wissenschaftsgebäude errichtet. Welchen Wert können solche Gebilde haben, wenn sich das Fundament als brüchig oder nicht tragfähig erweist?

Michael Burchardt, Berlin

Karin Stammer: Nichtbanken als Substitutionskonkurrenten auf dem Bankleistungsmarkt – Eine vergleichende Analyse für das deutsche und US-amerikanische Bankensystem. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt/Main 1987. 367 Seiten. DM 48,-.

Die zukünftige Position der Kreditinstitute im Wettbewerb mit sogenannten Nichtbanken ist derzeit Gegenstand kontroverser Diskussionen. Der Umbruch im US-amerikanischen Finanzwesen, insbesondere auf den Bankenmärkten, wird dabei häufig als Beispiel für eine mögliche Marktentwicklung auch in der Bundesrepublik Deutschland angeführt. *Karin Stammer* liefert mit ihrem Buch „Nichtbanken als Substitutionskonkurrenten auf dem Bankleistungsmarkt“ einen Beitrag zur Analyse des Wettbewerbs in den traditionell von Banken besetzten Marktsegmenten. Nach einem Überblick über die konkurrierenden Institutsgruppen und deren Marktaktivitäten vergleicht sie die US-amerikanischen Bankleistungsmärkte mit den deutschen und zeigt mögliche Entwicklungslinien auf.

Die Arbeit ist in zwei Hauptteile gegliedert. Im ersten, grundlegenden Teil (S. 17 - 125) stellt *Stammer* nach einigen theoretischen Anmerkungen zum Begriff des Wettbewerbs kurz die bisherige Wettbewerbsentwicklung dar. Im ersten Kapitel hebt sie die Bedeutung der staatlichen Regulierung als wettbewerbsbeschränkendes Element im Kreditwesen hervor. Anschließend spezifiziert sie Marktleistungen und Marktbedeutung der konkurrierenden Finanzinstitutionen in den USA.

Im Mittelpunkt des zweiten Kapitels steht die Diskussion wesentlicher Determinanten der Substitutionskonkurrenz durch Nichtbanken. Die Autorin sieht in der Nutzung moderner Technologien einen deutlichen Vorteil auf Seiten der Nichtbanken, da durch die Automation in Leistungserstellung und -abwicklung eine entscheidende Markteintrittsbarriere abgebaut werde. Die zweite Einflußgröße bestehe im veränderten Nachfrageverhalten gegenüber Bankleistungen. Die im Laufe der Zeit zu beobachtenden Verschiebungen in der Geldvermögensstruktur der inländischen nicht-finanziellen Sektoren, vor allem der privaten Haushalte, führe zu veränderten Anlagepräferenzen. Schließlich werde durch die Regulierung des Bankensektors der Wettbewerb zwischen Banken und Nichtbanken erheblich beeinflusst. Lediglich die zuletzt genannte Determinante begründe differenzierte zukünftige Entwicklungslinien in den USA und in Deutschland. Zur Verdeutlichung dieser These vergleicht *Stammer* ausgehend von der jeweiligen gesetzlichen Definition des Bankbegriffs die maßgeblichen Rechtsgrundlagen. Sie gelangt zu dem Ergebnis, daß die Motive der Nichtbanken zum Eindringen in die Bankleistungsmärkte in beiden Staaten grundsätzlich ähnlicher Natur seien. Ein völlig anderes Bild ergebe sich jedoch hinsichtlich der zukünftigen Konkurrenzpotentiale. US-amerikanischen Banken sei auf mittlere Sicht der Zugang zu anderen Bank- und Nichtbank-Märkten aufgrund einschränkender Rechtsvorschriften weiterhin verschlossen. Demgegenüber sei mit intensiveren Expansionsbestrebungen der Nichtbankanbieter zu rechnen. Im Gegensatz hierzu bleibe in Deutschland der Raum für Nichtbank-Konkurrenten wegen des umfassenderen Bankbegriffs gemäß KWG vergleichsweise klein.

Es mag an dieser Stelle bezweifelt werden, ob die von der Verfasserin durchgängig gewählte Abgrenzung der Institutsgruppen ausschließlich anhand der jeweiligen Rechtsgrundlagen wirklich zielführend ist. Bei einem solchen Vorgehen bleiben wichtige Aspekte, z.B. die Marktaktivitäten der Bausparkassen und die bestehenden Verbundstrukturen, unberücksichtigt.

Im zweiten Hauptteil (S. 126 – 320) erfolgt eine ausführliche Darstellung der Konkurrenzsituation bei einzelnen Bankleistungsarten. Darüber hinaus werden zukünftige Konkurrenzpotentiale aufgezeigt. Diese Prognose kann angesichts der Schwierigkeit des Vergleichs zweier auf so unterschiedlichen Rechtsgrundlagen basierender Finanzsysteme nicht über allgemeine Ansätze hinauskommen.

Im Wertpapiergeschäft führe die Trennung zwischen Commercial Banks und Investment Banks (bzw. Brokern) in den USA zu einem verschärften Wettbewerb der Institute um freie Finanzmittel. Demgegenüber werde durch die universelle Tätigkeit der Kreditinstitute in Deutschland lediglich eine Umschichtung der Anlagefazilitäten innerhalb der Bankkonzerne erfolgen; das Kapital bleibe also „im Hause“.

Hinsichtlich der Konkurrenz im Einlagengeschäft konzentriert sich die Verfasserin auf die konkurrierenden Anlageprodukte der Versicherungswirtschaft und des sogenannten „alternativen Kapitalmarktes“. Sie behandelt die Konkurrenzfähigkeit der kapitalbildenden Lebensversicherung und geht auf die speziellen Bilanzierungs- und Anlagevorschriften ein. Die Lebensversicherung sei im Rentabilitätsvergleich aufgrund steuerrechtlicher Besonderheiten eine ernstzunehmende, weil konkurrenzfähige Alternative zu den Anlageprodukten der Kreditinstitute. Für die Zukunft erwartet *Stammer* unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklungen eine zunehmende Konkurrenzintensität zwischen Banken und Versicherungen. Als Gründe nennt sie wachsenden Vorsorgebedarf und die Entwicklung der Geldvermögensbildung. Dies gelte besonders auch für die USA, da dort Anlagen bei Versicherungsunternehmen (und Pensionsfonds) bereits jetzt in erheblichem Umfang der privaten Altersvorsorge dienen.

Im Abschnitt über die Konkurrenz im Kreditgeschäft diskutiert *Stammer* zunächst alternative Formen der Handelsfinanzierung. Sie behandelt sowohl die Finanzierungsleistungen der Kreditinstitute als auch die Aktivitäten der Finanzierungsinstitute des Handels. Bezüglich der Konkurrenz durch Kreditkarten-, Factoring- und Leasinggesellschaften erwartet sie in Anbetracht diverser Expansionsbestrebungen eine wachsende Konkurrenz zu Kreditinstituten.

Im Schlußkapitel, das sich mit der Konkurrenzsituation im Zahlungsverkehr befaßt, wird die herausragende Bedeutung der Zahlungsverkehrsleistungen für die Kundenbeziehung hervorgehoben. Im Gegensatz zu den USA, wo sich durch die Money Market Funds ein verstärkter Wettbewerb im Zahlungsverkehr eingestellt habe, konstatiert *Stammer* für die Bundesrepublik einen fast vollständigen Wettbewerbsverzicht. Es sei jedoch denkbar, daß alternative Anbieter wie Kaufhauskonzerne oder Kreditkartengesellschaften mittel- bis langfristig eine große Rolle bei Zahlungsverkehrsleistungen spielen und im Wege des Cross Selling auch in ertragsstärkere Leistungsbereiche vordringen könnten.

Insgesamt hat *Stammer* eine lesenswerte Arbeit vorgelegt. Die Vielzahl der zu diskutierenden Konkurrenzbeziehungen geht dabei notwendigerweise zu Lasten der Tiefe der Analyse. Der besondere Wert der Arbeit liegt in den grundsätzlichen Betrachtungen zur Substitutionskonkurrenz und in der Deskription der Nichtbank-Konkurrenten. Das Werk liefert all denen, die sich mit dem Wettbewerb auf den Bankenmärkten beschäftigen, eine Fülle von Argumentationshilfen und wertvollen Anregungen. Darüber hinaus steht dem Leser ein sehr umfangreiches Literaturverzeichnis für eine weitergehende Lektüre zur Verfügung.

Die Vermutung liegt nahe, daß einige der vorgebrachten Thesen Widerspruch hervorrufen werden. Dies kann der Diskussion in Wissenschaft und Praxis jedoch nur förderlich sein.

Werner Profitlich, Bonn

Edward Böhm: Wechselkurspolitik in der Planwirtschaft. Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg 1986. 139 Seiten, DM 42,-.

Die Währungspolitik in den Planwirtschaften ist dem westlichen Publikum weitgehend unbekannt, wenn auch die Unterschiede zwischen den offiziellen und inoffiziellen bzw. „schwarzen“ Wechselkursen jedem Touristen geläufig sind, der in die osteuropäischen Länder reist. In einer zentral geplanten Wirtschaft spielt die Wechselkurspolitik eine passive Rolle, weil sowohl der Devisen- als auch der gesamte Außenhandel durch den Staat monopolisiert sind, um die externen Impulse (Störungen) auszuschalten. Die Rolle der Wechselkurse wird auf eine rein statistische Aufgabe der Umrechnungskurse reduziert. Mit den seit einigen Jahren neu aufgekommenen Reformversuchen in Osteuropa stellt sich die Frage, welche Rolle die Wechselkurse sukzessive spielen sollten bzw. könnten, um die wirtschaftliche Effizienz zu steigern.

Der Autor der vorliegenden Studie setzte sich zum Ziel, anhand der polnischen und ungarischen Erfahrungen Möglichkeiten und Grenzen der Wechselkurspolitik aufzuzeigen. Sowohl Polen als auch Ungarn standen Anfang der 80er Jahre (und stehen noch heute) vor dem Problem, die Effizienz ihrer Außenwirtschaften zu heben. Einige am Import- und Exportgeschäft beteiligten staatlichen Betriebe haben damals das Recht zum direkten Zugang zu den ausländischen Märkten erhalten.

Die Wechselkurspolitik sollte demzufolge die Exportmotivierung der Produktionsbetriebe steigern und zugleich eine bessere Kontrolle bzw. Messung der im Außenhandel erzielten Resultate ermöglichen. Wie der Autor zeigt, wurde diese Strategie letztlich mit dem Dilemma konfrontiert, einerseits die Gefahr der extern bedingten Inflation, andererseits die staatlichen Subventionen in Grenzen zu halten. Die Sicherung der sozialpolitischen Stabilität beschränkte sich darauf, die Auswirkungen des Anpassungsprozesses an die neuen Weltmarktbedingungen zu mildern. Noch nachhaltiger sei der Versuch gewesen, die zentrale Steuerbarkeit der formal autonomen Betriebe abzusichern. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß die Handelsbilanz und die Preisstabilität erst dann über die Wechselkurspolitik wesentlich beeinflussbar werden, „wenn die nationale Wirtschaft dem Einfluß des Weltmarktes ausgesetzt werden kann“ (S. 113). Als Beitrag zur Lösung des oben erwähnten stabilitätspolitischen Dilemmas wird im Anhang dieser Arbeit ein Modell dargestellt, das angeblich nur mit geringen Modifikationen auf Ungarn oder auf Polen übertragen werden könnte. Das Buch ist vor allem für Fachpublikum bestimmt.

Georg J. Dobrowolny, Zürich